Nummer 163 — 20. Jahrgang

Mittwoch, den 16. Juli 1924

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig — Das Volksblatt für Stadt und Land — Belegnummer 10 Goldpfg

Erscheint werktags. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1.—15. Juli 0,90 Goldmark. — Anzeigenpreisgebühr: Die 10spaltige Millimeterzeile 0,10 Goldmark. Stellengesuche und -Angebote 0,08 Goldmark. Finanz- und amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Reklamezeile 0,40 Goldmark. Laufende Aufträge werden nur zum Tagespreis berechnet.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459 | Pro fide et patria | Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 458

Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9

Beginn der Londoner Konferenz.

Neueste Nachrichten.

In Kattowitz ist die Kriminalpolizei, wie wir an anderer Stelle ausführlich melden, große Zollschiebungen auf die Spur gekommen. (Siehe besondern Bericht.)

Die Optionsfrist ist mit dem gestrigen Tage bei schwacher Beteiligung abgelaufen. (Siehe besondern Bericht.)

Wie aus Schwerin gemeldet wird, ist das Elbe-Ostseekanal-Projekt (Wiesmar—Schwerin—Wittenberge) wegen finanzieller Schwierigkeiten endgültig aufgegeben worden.

Der Dichter Ernst Toller ist gestern nachmittag aus der bayerischen Festung Niederschönefelde nach Verbüßung seiner fünfjährigen Festungshaft entlassen worden.

Der Senior der deutschen Parlamentsjournalisten, der Vorsitzende des deutschen Stenographenverbandes „Stolze Schrey" Max Baeckler, ist gestern nachmittag, 67 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen.

Nach einer Meldung aus Hannover-Münden hat im Gebiete der unteren Werra ein schweres Gewitter mit Hagelschlag und wolkenbruchartigen Regen ungeheueren Schaden angerichtet. Durch Blitzschläge sind mehrere Gebäude eingeäschert worden.

Das Reichskabinett hat den Entwurf einer neuen Reichsdienststrafverordnung angenommen.

Der französische Botschafter in Peking hat der chinesischen Regierung drei Noten über das deutsch-chinesische Abkommen überreicht.

Das Reichskabinett genehmigte einen Gesetzentwurf, der die Prägung von Goldmünzen zu 1 bis 5 Mark und von Pfennigstücken von 1, 2, 5, 10 und 50 Pfg. vorsieht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Geldes wird später von der Reichsregierung bestimmt werden.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, setzte sich der Kommunist Nachtigall bei einer Haussuchung mit der Pistole zur Wehr und verletzte einen Polizeibeamten schwer durch Brustschuß. Er flüchtete darauf.

Keine Aufhebung der Absetzung ausgewiesener Beamten.

Bochum, 15. Juli. (Telunion.) Die Besatzungsbehörde richtete an das Besatzungsamt eine Note betreffend die Wiedereinstellung der ausgewiesenen deutschen Beamten, in der u. a. heißt: Es ist die Frage gestellt worden, welches die Lage der ausgewiesenen deutschen Beamten sei, die berechtigt sind, ins besetzte Gebiet zurückzukehren. Diese Frage ist folgendermaßen entschieden: Die Zurücknahme der Ausweisung der oben bezeichneten Beamten stellt keine Aufhebung der Absetzung dar, welche die Ausweisung mit vollem Recht begleitete. Wenn der frühere Beamte eine neue Stellung oder Beschäftigung im besetzten Gebiet annimmt, so muß er, wenn nicht eine direkte Vollmacht hierzu vorliegt, neuerdings hierzu ernannt werden. Diese Ernennung unterliegt der Prüfung des Generals.

Die Weinernte gefährdet.

Trier, 15. Juli. Nach einer Veröffentlichung der biologischen Kreisanstalt in Trier tritt seit etwa einem Monat eine Nebenkrankheit, wie sie bisher noch garnicht im Weinbaugebiet der Mosel der Saar und der Ruwer beobachtet worden ist, außerordentlich stark auf. Es handelt sich um den sogenannten „roten Brenner", einen Pilz, der die Blätter befällt, diese zum Abfallen bringt und so auch das Abfallen der Traubenbeeren verursacht. Schon zeigt sich in den von den Pilzen befallenen Weinstöcken ein starkes Abfallen von Beeren. Erst jetzt ist der mikroskopische Nachweis davon gelungen, daß es sich tatsächlich um den roten Brenner handelt.

Das vorläufige Ergebnis der Option.

Keine große Beteiligung.

Beuthen, 16. Juli. (Eigener Bericht.) Am gestrigen 15. Juli ist die Frist zur Einreichung der Optionserklärungen abgelaufen. Nach dem ersten zusammenfassenden Ueberblick steht die Zahl der Erklärungen auf beiden Seiten hinter den Erwartungen zurück. Von den rund etwa 200 000 Stimmberechtigten in Polnisch-Oberschlesien sind dem deutschen Generalkonsulat in Kattowitz

etwa 5000 Erklärungen

abgegeben werden, eine kleine, aber nach Lage der Verhältnisse zu begrüßende Zahl. Die endgültigen Ziffern können vor Sonnabend nicht erwartet werden, so daß genaue Angaben noch nicht gemacht werden können.

Entsprechend dem Genfer Vertrag können die Optanten 15 Jahre nach Uebernahme des Landes durch die neue Staatshoheit in ihrem bisherigen Wohnort wohnen bleiben. Ueber den evtl. Abzug der Optanten nach dieser Zeit dürften Vereinbarungen zwischen den beteiligten Regierungen noch getroffen werden. Soviel ist aber im Genfer Vertrag festgelegt, daß jeder, der binnen Jahresfrist nach der Option seinen bisherigen Wohnort verläßt, sein Hab und Gut zollfrei über die Grenze bringen kann.

Große Schiebungen in Poln.-Oberschlesien

Zollhinterziehungen. — 50 Millionen Zloty Staatsschaden. — Elf Läden geschlossen.

Kattowitz, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Durch Zufall gelang einem Kriminalbeamten der Kattowitzer Kriminalpolizei, einem großangelegten Schmuggel von für Polen zollpflichtigen Gegenständen auf die Spur zu kommen. Ein Spediteur aus Deutsch-Oberschlesien hat seit längerer Zeit verschiedene zollpflichtige Waren unter falscher Deklarierung polnischen Geschäftsleuten geliefert. Die sofort aufgenommene Untersuchung führte zur Beschlagnahme einer Unmenge von Waren. Gleichzeitig wurde ein unterwegs befindlicher Waggon sowie ein Geheimlager beschlagnahmt. Bei elf Kaufleuten in Kattowitz, Bismarckhütte, Königshütte und Rybnik wurden die Läden geschlossen und das gesamte Warenlager beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei setzt die Ermittelungen fort. Einzelheiten können wegen evtl. Verdunkelungsgefahr noch nicht veröffentlicht werden. An den Zollhinterziehungen sind einzelne polnische Zollbeamte mitbeteiligt. Der Schaden, den der polnische Staat erleidet, wird auf 50 Millionen Zloty geschätzt.

Die Zoll- und Umsatzsteuer.

Berlin, 15. Juli. Der wirtschaftliche und der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelten in einer gemeinsamen Sitzung am 15. Juli die der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwürfe zur Zoll- und Umsatzsteuer. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, für die weitere VBearbeitung zwei Ausschüsse einzusetzen. Die letztere Frage wird vom bestehenden 12er-Ausschuß für Umsatzsteuer (Luxussteuer) behandelt. Beide Unterausschüsse werden ihre Arbeiten am 16. 7. beginnen.

Die Eisenbahnfrage.

Berlin, 15. Juli. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Luther fand erneut eine Besprechung der Finanzminister der Länder statt, die sich mit den finanziellen Fragen befaßte, die sich aus dem Uebergang der Eisenbahn aus dem Besitz der Länder in den Besitz des Reiches ergaben. Die Besprechungen gelangten auch diesmal nicht zum Abschluß.

Folgen der Kreditnot.

Mannheim, 16. Juli. Wie die T. U. erfährt, hat der Arbeitsminister bei dem diese Woche stattgefundenen Verhandlungen mit dem Betriebsrat der Firma Lanz in Mannheim über die Gewährung eines Staatskredits erklärt, daß hierüber eine Besprechung zwischen dem Innenminister und dem Finanzminister stattfinden würde. Es ist noch zweifelhaft, ob diese Besprechung von Erfolg sein wird. Angesichts dieser neuen Katastrophe muß allerdings erwartet werden, daß alles geschieht, was diese Katastrophe abwenden könnte, da die Stimmung der Arbeiterschaft erregt ist und Ausschreitungen zu befürchten sind.

Mainz, 15. Juli. Die Opel-Werke in Rüsselsheim haben 2000 Arbeitern gekündigt.

Das Reichsbahngesetz.

Unter dem Titel „Deutsche Reichsbahngesellschaft" wird, wie das nunmehr ebenfalls der Vollendung entgegengehende Gesetz, das in Ausführung des Sachverständigengutachtens geschaffen wird, feststellt, vom Deutschen Reich zum Betriebe der Reichseisenbahn eine besondere Gesellschaft gegründet. Von grundlegender Wichtigkeit ist der Umstand, daß die Reichseisenbahn unbedingt im Eigentum des Reiches verbleibt. Auch alles was die kommende Gesellschaft an Grundstücken und beweglichen Sachen, also vor allem an Fahrzeugen für die Zwecke der Reichseisenbahn erwirbt, fällt kraft Gesetz in das Eigentum des Reiches und gehört zum Reichseisenbahnvermögen. Die Organe der Gesellschaft werden ein Verwaltungrat und der Vorstand sein. Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen neun, also die Hälfte, von der Reichsregierung, die weiteren neun von dem Treuhänder, als dem Vertreter der Gläubiger der Reparationsschuldverschreibungen ernannt werden. Aber auch von diesen zweiten neun Vertretern können 5 Deutsche sein. Auch der Präsident des Verwaltungsrates muß Kraft Gesetz ein Deutscher sein.

Man sieht also, daß auch dieses Gesetz die deutschen Rechte in sehr nachdrücklicher Weise wahrt. Auf seine Einzelheiten werden wir noch zurückkommen.

Die Besorgnisse der kleinen Entente.

Prag, 15. Juli. Die Blätter besprechen ausführlich das Ergebnis der Konferenz der Kleinen Entente. Im Gegensatz zu anderen Informationen sagte Cesko Slowo, die bessarabische Frage sei besprochen worden. Man habe sich auf ihre tatsächlichen Propositionen beschränkt und sie bilde kein Hindernis für die Staaten der Kleinen Entente. Diese Erklärung dürfte andeuten, daß die Frage aus der Politik der Kleinen Entente ausscheidet. Das Blatt bezeichnet ferner als Hauptsorge der Kleinen Entente die Geltendmachung einer Monroedoktrin für Mitteleuropa.. Das amtliche Organ „Czeskoslovenska Republika" bezeichnet Restitutionsbestrebungen als hauptsächliches Bindemittel der Kleinen Entente und betont, daß die Ruhe besonders bedroht wäre, wenn sich Ungarn mit einen der Staaten gegen die anderen verbünden würde.d

Frankreich und der Vatikan.

Die katholische Kirche Frankreichs durchlebt jetzt wieder einmal bange Stunden. Denn die Ankündigung Herriots in der Kammer, daß er die französische Botschaft beim Vatikan aufheben wolle, kam zwar nicht überraschend, aber immerhin sind die Wunden, die die Laiengesetzgebung der Kirche Frankreichs geschlagen hatte, noch so frisch, daß man gewiß die Worte des neuen Ministerpräsidenten nicht so leicht nehmen wird. Und man braucht dazu nur noch zu bedenken, wie schwer es Millerand und Briand 1921 fiel, die Gesandtschaft beim Vatikan in der Kammer und namentlich im Senat durchzusetzen, um zu verstehen, wie sehr jetzt die Gefahr nahegerückt ist, daß das Werk von 1921 wieder zerstört wird.

So scheint es nun auch mit dem inneren Burgfrieden, der sich seit Kriegsbeginn bis jetzt in Frankreich behaupten konnte, vorüber zu sein, und jene Elemente wieder in der Politik des Landes Oberwasser zu bekommen, die seit 1876 nach dem Wahlsieg der Republikaner in Frankreich nicht eher ruhten, bis sie die Trennung von Kirche und Staat durchgesetzt hatten. Was Waldeck-Rousseau in seinem Vereinsgesetz gegen die Kongregationen vom 1. Juli 1901 noch schüchtern in Angriff nahm, führte die Aera Combes rücksichtslos durch. Diesem Mann gebührte der traurige Ruhm, in kurzer Zeit 22000—23000 Klöster und 16000 (von 17000) katholische Schulen geschlossen zu haben. Die versprochenen Milliarden verschwanden in den Taschen der Liquidatoren und der Staat mußte sich mit 5½ Millionen Franks zufrieden geben. Nach der Zerstörung der Orden und Ordensschulen kam die Kirche selbst an die Reihe, und der weitere Schritt war jetzt die einseitige Kündigung des Konkordates, wozu das entschiedene Vorgehen Pius X. gegen zwei unwürdige Glieder des französischen Episkopates den willkommenen Anlaß bot. Im Juli 1904, also gerade vor 20 Jahren, wird der französische Geschäftsträger, der noch nach Misard Abreise in Rom verblieb, abgerufen und das Concordat für gelöst erklärt. „Denn um den Katholizismus zu vernichten," so sagte einer von Combes Helfershelfern (Reveillant), „ist die Trennung von Kirche und Staat notwendig." Das Trennungsgesetz, das erst vom 1. Januar 1906 an in Kraft trat, entfernte die Kirche aus dem öffentlichen Recht und von nun hörten alle Staatsleistungen an die Diener der Kirche auf. Es sollte den Todesstoß ins Herz der französischen Kirche bedeuten. Die Wirkung war auch die denkbar traurigste. Die herrlichsten Kirchen Frankreichs zerfielen, der stolze französische Priesterwald wurde gelichtet und der Nachwuchs ganz unzulänglich, das jugendliche Verbrechertum nahm furchtbar überhand.

Erst der Krieg mußte wieder das offizielle Frankreich daran erinnern, welche gewaltige moralische Stütze es an der katholischen Kirche hatte und wie wichtig es sei, doch nicht ganz ohne Fühlung mit dem Oberhaupt der Kirche zu stehen. Die stete Furcht, daß während des Krieges der Einfluß Deutschlands und Oesterreichs beim Vatikan überwiege, veranlaßte es aus politischem Angstgefühl, einen inoffiziellen Vertreter, einen Emissaire beim Vatikan zu halten in der Person des bedeutenden Kirchenhistorikers Duchesne, der mit vielem Geschick Frankreichs Interessen vertrat. Als der Krieg zu Ende ging und jetzt die meisten Staaten Europas, so auch England, Holland, die Schweiz und Rumänien und die kirchenfeindliche Tschechoslowakei daran gingen, beim Vatikan beständige Vertretungen einzurichten, und als gar das Deutsche Reich eine alte Unterlassungssünde der Aera Bismarcks gut machte und eine Gesandtschaft beim Vatikan errichtete, so war es für Frankreich unmöglich, an diesem Wettlauf der Nationen unbeteiligt zu bleiben und bloßer Neid und Eifersucht allein reichten schon hin, die Wege nach Rom wieder zu suchen, die man zuvor mit Hindernissen und Stacheldrähten verbaut hatte.

1920 kam der große Umschwung in der [illegible]nischen Politik Frankreichs, als Poincaré [illegible] war, care gegangen, als Clemenceau zu[illegible]nischer Be[illegible] die beide keineswegs Freunde [illegible] christlich konziehungen waren. Der milde [illegible] über seinen Rivaservative Paul Deschanel [illegible]